

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Volle Solidarität mit Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine: klare Priorisierung bei der Versorgung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine die volle Solidarität des Landes Berlin zuzusichern und sofort Unterkünfte bereitzustellen. Dabei ist eine klare Priorisierung vorzunehmen: Um sofort Unterkünfte bereitstellen zu können, sind Personen ohne Aufenthaltsrecht nach den rechtlichen Vorgaben schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückzuführen, womit geltendes Recht umgesetzt wird.

Personen ohne Aufenthaltsrecht¹ (darunter mehr als 15.000 Anfang des Jahres 2022 in Berlin vollziehbar ausreisepflichtige Personen) sind bei der freiwilligen Ausreise bzw. Rückkehr² zu unterstützen.³ Um den Anreiz zu erhöhen, wie dies im Fall vieler Syrer Erfolg hatte, sind alle hierfür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auszuschöpfen.⁴

Auch den Rückkehr- bzw. Aufnahmeländern sind – vertretbare – finanzielle Anreize zu bieten.

¹ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet 1) (Aufenthaltsgesetz - AufenthG). § 50 Ausreisepflicht.

² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-freiwillige-rueckkehr/topthema-freiwillige-rueckkehr.html>:

Mehrere staatliche und nichtstaatliche Angebote unterstützen Ausreisepflichtige dabei, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren und sich dort nachhaltig zu reintegrieren.

³ <https://www.berlin.de/einwanderung/service/beratung/artikel.874819.php>

⁴ Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, <https://www.berlin.de/laf/leistungen/rueckkehrberatung/>: Wir prüfen dann, ob Sie Anspruch auf finanzielle Hilfen für die Ausreise haben und ob darüber hinaus weitere finanzielle Beihilfen gewährt werden können, zum Beispiel beim Neuanfang in Ihrer Heimat.

Kommt es in einem Zeitrahmen von drei Monaten zu keiner freiwilligen Ausreise, sind Dublin-III-Überstellungen und Abschiebungen, sowohl in sichere Drittstaaten als auch in die Heimat- bzw. Herkunftsländer der Personen ohne Aufenthaltsrecht beziehungsweise der ausreisepflichtigen Asylbewerber, zu vollziehen. Dies geschieht im Geiste der jetzigen Bundesregierung: „Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen [...]“.⁵

Um rasch für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Unterkünfte bereitstellen, ihre medizinische Versorgung sicherstellen und für sie alle lebensnotwendigen Güter beschaffen zu können, wird der Senat aufgefordert, rechtskräftig abgelehnte und vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber unverzüglich abzuschieben.

Begründung

Bei den ukrainischen Kriegsflüchtlingen handelt es sich meist um Kinder, Frauen und Männer über 60. Da sie allein aus diesem Grund bevorzugt behandelt werden müssen, ist Eile geboten.⁶ Deutschland zählt derzeit allein an registrierten ukrainischen Kriegsflüchtlingen mehr als 240.000.⁷

Das Land Berlin hat bis jetzt „knapp 6000 Menschen als Kriegsflüchtlinge registriert“.⁸ Berliner Sozialämter haben „seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar bis zum 21. März für 11.658 Geflüchtete finanzielle Unterstützung“ gewährt.⁹

Die tatsächliche Zahl der jeweils in Deutschland und Berlin Ankommenden liegt sehr wahrscheinlich deutlich höher.¹⁰

Die hohen Zahlen beruhen auch darauf, dass „ukrainische Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die in der Ukraine internationalen Schutz genießen, sowie ihre Familienangehörigen“ vorübergehenden Schutz erhalten, „sofern sie sich vor dem oder am 24. Februar 2022 in der Ukraine aufgehalten haben. Die Mitgliedstaaten gewähren Drittstaatsangehörigen, die sich vor dem oder am 24. Februar 2022 mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in der Ukraine aufgehalten haben und nicht sicher in ihr Herkunftsland zurückkehren können, entweder vorübergehenden Schutz oder einen angemessenen Schutz nach Maßgabe ihres einzelstaatlichen Rechts.“¹¹

⁵ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>

⁶ Diesen Schutz erhalten Ukraine-Flüchtlinge, tagesschau, 09.03.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ukraine-fluechtlinge-aufnahme-deutschland-101.html>

⁷ Siehe auch: Einreise nach Deutschland – Zahl der Kriegsflüchtlinge steigt, tagesschau, 19.03.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/gefluechtete-ukraine-lebensmittel-101.html>

⁸ Ukraine-Krieg und Berlin – 3800 weitere Kriegsflüchtlinge am Dienstag in Berlin angekommen, DER TAGES-SPIEGEL, 23.03.2022, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ukraine-krieg-und-berlin-3800-weitere-kriegsfluechtlinge-am-dienstag-in-berlin-angekommen/28100568.html>

⁹ Ebd.

¹⁰ Zahl der Kriegsflüchtlinge steigt: „Da keine festen Kontrollen an den Binnengrenzen stattfinden und Ukrainer ohne Visum einreisen können, dürfte die tatsächliche Zahl wesentlich höher sein.“

¹¹ Ukraine: Rat beschließt einstimmig vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge, Rat der EU, Pressemitteilung, 04.03.2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/04/ukraine-council-introduces-temporary-protection-for-persons-fleeing-the-war/>
<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:212:0012:0023:DE:PDF>

Das Land Berlin hat durch den Einsatz bei der sogenannten Flüchtlingskrise („Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“¹²) seit 2015 seine Möglichkeiten, jetzt wirksam helfen zu können, geschwächt. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine brauchen dringend unsere Unterstützung, nicht jedoch abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber.

Berlin, den 29. März 2022

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Lindemann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

RICHTLINIE 2001/55/EG DES RATES vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten.

¹² <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/217367/das-jahr-2015-flucht-und-fluechtlinge-im-fokus-ein-rueckblick/>